

## Übersicht

über die gefassten Beschlüsse in der 10. Sitzung des Ausschusses für Inklusion und Gesundheit des Rhein-Sieg-Kreises am 07.09.2022:

TO.-Punkt	Beratungsgegenstand	Beschluss-Nr./Ergebnis	Abstimmungs-ergebnis
<b>Öffentlicher Teil</b>			
1.	Niederschrift über die 9. Sitzung des Ausschusses für Inklusion und Gesundheit vom 05.05.2022	Zustimmung	
2.	Gemeinsamer Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und GRÜNE vom 25.07.2022: Ärztliche Versorgung im Rhein-Sieg-Kreis	38/22 Zustimmung	Einstimmig, Seite 7
3.	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion: Einladung Anonymer Krankenschein Bonn (AKSB) e. V.	39/22 Zustimmung	Einstimmig, Seite 8
4.	Aktionsplan Inklusion; hier: Fortbildungsangebot zur Sensibilisierung von Auszubildenden der Verwaltung für die Belange von Bürgerinnen und Bürgern mit Behinderung	40/22 Zustimmung	Einstimmig, Seite 9
5.	Bericht aus der Arbeit des Fachbeirats Inklusion	Kenntnisnahme	
6.	Mitteilungen und Anfragen		
6.1	Sachstand Impfen	Kenntnisnahme	
6.2	Sachstand Covid-19	Kenntnisnahme	

7	<b>Nichtöffentlicher Teil</b> Mitteilungen und Anfragen	Kenntnisnahme	
---	--	---------------	--

## Niederschrift

über die gefassten Beschlüsse in der 10. Sitzung des Ausschusses für Inklusion und Gesundheit des Rhein-Sieg-Kreises am 07.09.2022:

---

Sitzungsbeginn:	16:02 Uhr
Ende öffentlicher Teil:	16:54 Uhr
Sitzungsende:	17.02 Uhr
Ort der Sitzung:	A 1.16
Datum der Einladung:	26.08.2022

### Teilnehmende Mitglieder:

#### Kreistagsfraktion CDU

KTM Matthias Schmitz (Vorsitzender)

KTM Andreas Sonntag

KTM Monika Grünewald

KTM Gabriele Kretschmer

SkB Jutta Manstein

SkB Aladdin Beiersdorf-El Schallah

Vertretung für KTM Stephanie Orefice

SkB Ralf Kronenberg

Vertretung für SkB Katharina Stollenwerk

#### Kreistagsfraktion GRÜNE

KTM Gerlinde Neuhoff

KTM Manuela Gardeweg

SkB Thomas Möws

SkB Thomas Peter

Vertretung für KTM Wolfgang Haacke

#### Kreistagsfraktion SPD

KTM Katja Ruiters

KTM Kristina Görlitz

SkB Otis Henkel

Vertretung für KTM Ute Krupp

#### Kreistagsfraktion FDP

SkB Martina Ihrig

#### Kreistagsfraktion AfD

SkB Ralf von den Bergen

Vertretung für SkB Ralf Krazeise

#### Gruppe DIE LINKE

SkB Andreas Danne

Kreistagsmitglied Volksabstimmung

KTM Dr. Helmut Fleck

Sachkundige Einwohner/in Inklusionsfachbeirat

Herr Günter Wingender

Frau Maria Zingsem

Sachkundige Einwohner (Diakonie)

Herr Patrick Ehmann

Herr Harald Klippel

Schriftführerin

Frau Sandra Scheidgen

Stellvertretender Schriftführer

Herr Christoph Stuch

**Entschuldigt fehlten:**

KTM Stephanie Orefice

KTM Wolfgang Haacke

KTM Ute Krupp

SkB Katharina Stollenwerk

SkB Dirk Krazeise

Vertreter/innen der Verwaltung:

Herr Dr. Meilicke

Herr Thomas

Herr Liermann

Herr Freier

10. Sitzung des am 09.09.2022		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

## Öffentlicher Teil

	Vor Eintritt in die Tagesordnung	
--	----------------------------------	--

Vorsitzender Kreistagsmitglied (KTM) Schmitz begrüßte die Anwesenden zur 10. Sitzung des Ausschusses für Inklusion und Gesundheit. Vor Eintritt in die Tagesordnung übermittelte er zunächst Grüße von Frau Prinz-Klein sowie ihren Dank für die hervorragende Zusammenarbeit in der Vergangenheit. Im Anschluss begrüßte Vorsitzender KTM Schmitz ihren Nachfolger Herrn Thomas als Abteilungsleiter sowie Herrn Dr. Meilicke als wiedergekehrten Leiter des Gesundheitsamtes.

Vorsitzender KTM Schmitz erklärte sodann, dass mit der Einladung vom 26.08.2022 gearbeitet werde. Die Einladung sei ordnungsgemäß und fristgerecht erfolgt. Es bestehe Beschlussfähigkeit.

Die Tagesordnung wurde wie vorliegend anerkannt.

1	Niederschrift über die 9. Sitzung des Ausschusses für Inklusion und Gesundheit am 05.05.2022	
---	--	--

Es lagen keine Anmerkungen oder Hinweise vor. Die Niederschrift wurde wie vorliegend genehmigt.

2	Gemeinsamer Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und GRÜNE vom 27.07.2022: Ärztliche Versorgung im Rhein-Sieg-Kreis	38/22
---	---	-------

KTM Sonntag verwies auf die bekannte Problematik sowie den Vortrag von Herrn Dr. Martin von der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein (KVNO) in der vergangenen Sitzung. Dieser habe dargelegt, dass die hausärztliche und fachärztliche Versorgung im RSK grundsätzlich gewährleistet sei. Lediglich in Hennef seien zwei Arztstühle nicht besetzt. Diese Ausführungen würden in keiner Weise mit den subjektiven Erfahrungen der Politiker in ihren Kommunen übereinstimmen. Jeder im Saal könne Beispiele nennen, wo neu Zugezogene keinen Hausarzt finden könnten. Daher habe man sich koalitionsintern noch einmal mit den Ausführungen von Dr. Martin beschäftigt. Hierbei sei aufgefallen, dass man im Vortrag von der auf drei Jahre befristeten Deckungsquote von 100 % ausgegangen sei. Diese ende zum Jahresende 2022. Danach gelte wieder eine Deckungsquote von 110 %. Wenn

Herr Dr. Martin am 01.01.2023 noch einmal zum Thema berichten würde, sähen die Zahlen somit anders aus. Die Hochrechnung ergebe dann ca. 20-22 nichtbesetzte Arztsitze. Dies bereite der Politik Sorgen und erkläre ggf. den Unterschied zwischen rechnerischer Darstellung und gefühltem Erleben in der Bevölkerung. Um die KV hierauf aufmerksam zu machen und frühzeitig zum Handeln aufzufordern, sei der zweite Antrag zu diesem Thema nachgelegt worden. Die Verwaltung werde hier als Verbündeter benötigt, um von der KV Antworten auf die im Antrag formulierten offenen Fragen zu erhalten. Es bedürfe womöglich von Seiten der Verwaltung eines wohlgemeinten rechtzeitigen Hinweises, um die Ziele für die Bürger des RSK zu erreichen. Bei diesem für die Bevölkerung wichtigen Punkt wolle man der Verwaltung die Hand reichen.

KTM Neuhoff unterstrich die Ausführungen von KTM Sonntag, verwies jedoch auf ein weiteres Problem in diesem Zusammenhang. So habe man in der Kreistagsfraktion der GRÜNEN zusätzlich auf das Alter der Hausärzte im RSK geschaut. Hierbei sei festgestellt worden, dass ein Großteil der Hausärzte über 55 Jahre alt sei. Davon ca. 15 % sogar über 65 Jahre. Es müsse daher eine Planung geben, was die hausärztliche Versorgung im RSK angehe, da zu befürchten sei, dass innerhalb weniger Jahre ganz viele Hausärzte wegfallen. Dies sei Aufgabe der KV. Es werde jedoch die Unterstützung der Verwaltung benötigt, dieses spezifische Problem des Rhein-Sieg-Kreises hier zu transportieren.

KTM Ruiters erklärte die vollumfängliche Unterstützung der SPD zu diesem Antrag.

KTM Dr. Fleck erklärte, den Begriff „Hausärzte“ definieren zu müssen. Er folge den Ausführungen von KTM Sonntag, zähle zu den Hausärzten jedoch auch besondere Fachärzte. So erhalte man z.B. beim Lungenfacharzt erst im Januar wieder Termine. Daher müsse auch hier die fachärztliche Situation nachgehalten werden.

Herr Dr. Meilicke erklärte, die Daten der fachärztlichen sowie hausärztlichen Versorgung geprüft zu haben. Hierzu sei klar definiert, dass Fachärzte für Innere Medizin auch hausärztlich tätig werden könnten. Sie müssten sich dann jedoch festlegen und könnten nur noch im jeweiligen Bereich arbeiten.

Tatsächlich sei es so, dass die Fachärzte, insbesondere Neurologen und Psychiater, sehr gering vertreten seien, am schwächsten jedoch die Kinderärzte. Es werde daher auch im fachärztlichen Bereich ein Defizit von Seiten der Verwaltung gesehen. Es dürfe sich daher nicht nur auf das hausärztliche Defizit versteift werden.

SkB Ihrig bedankte sich bei der CDU für den gestellten Antrag. Aus Sicht einer hausärztlichen Praxis könne sie nur zustimmen, dass die Lage hier ernst sei. Die adäquate Behandlung des großen Stroms an Patienten sei nicht mehr leistbar. Um die Versorgung sicherzustellen, sei ihre Praxis mit einer anderen Praxis zusammengelegt worden. Es sei jedoch nicht nur Sache der KV, an diesen Zuständen etwas zu ändern, sondern auch des Bundes, grundlegend die Zulassungsvoraussetzungen zum Medizinstudium zu verändern. Die Quote der zugelassenen Studenten müsse in Bezug auf das männliche Geschlecht verändert werden. So würden immer mehr Frauen studieren, die dann aber nicht bereit seien, ganztägig zu arbeiten. Diese Situationsverschärfung sei von Herrn Dr. Martin so auch transportiert worden.

**B.-Nr.  
38/22**

**Dem Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und GRÜNE wird gefolgt.**

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt, sich mit der KVNO im Rahmen eines schriftlichen Verfahrens zu verständigen.**
- 2. Dabei ist zu erfragen, welche Anzahl an offenen Niederlassungen für Hausärztinnen und Hausärzte sich zum Jahreswechsel 2022/2023 im RSK ergeben wird.**
- 3. Vor dem Hintergrund, dass der Bedarfsplan unter Punkt 2.5 Absatz 3 eine vorausschauende Planung vorsieht, sollte geklärt werden, welche Maßnahmen die KVNO bereits getroffen hat oder welche Maßnahmen diese beabsichtigt kurzfristig zu treffen, um den neuen Bedarf zeitnah zu decken.**
- 4. Auch sollte erfragt werden, inwiefern die KVNO davon ausgeht, dass die sich ergebenden Bedarfe zeitnah gedeckt werden können und welche (realistischen) Zeitziele sich hierfür ergeben.**

**Abst.-**

**Erg.: Einstimmig**

10. Sitzung des am 09.09.2022		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
3	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion: Einladung Anonymer Krankenschein Bonn (AKSB) e. V.	39/22

KTM Ruiters berichtete zur Intention des Antrages, dass es der SPD wichtig sei, über dieses Thema informiert zu werden und zu schauen, was in Bonn erfolgreich angeboten werde. Am 06.09. gehe es zusammen mit dem Medicum in Troisdorf um ein ähnliches Thema. Sie bat daher um Zustimmung zu dem Antrag.

KTM Sonntag erklärte, den Antrag gerne zu unterstützen. Die nächste Sitzung des AIG am 27.11.22 werde jedoch stark durch das Thema Haushalt geprägt sein. Daher bitte er um Verschiebung der Vorstellung in den Januar.

KTM Ruiters stimmte KTM Sonntag zu. Sie regte den Kompromiss an, den Verein Anonymer Krankenschein Bonn (AKSB) zu *einer der nächsten* Sitzungen einzuladen, damit man terminlich flexibel sei. KTM Ruiters schlug abschließend vor, den weitergehenden Antrag entsprechend um zu formulieren.

**B.-Nr.** Dem Antrag der SPD-Kreistagsfraktion wird gefolgt.

**39/22**

**Die Rhein-Sieg-Kreisverwaltung lädt den Verein Anonymer Krankenschein Bonn (AKSB) e. V. zu *einer der nächsten* Sitzungen des Ausschusses für Inklusion und Gesundheit ein, damit dieser über die wertvolle Arbeit des Vereins bei der Begleitung von Menschen mit eingeschränktem bzw. ohne Krankenversicherungsschutz berichten kann.**

**Abst.-**

**Erg.:**

**Einstimmig**

4	Aktionsplan Inklusion; hier: Fortbildungsangebot zur Sensibilisierung von Auszubildenden der Verwaltung für die Belange von Bürgerinnen und Bürgern mit Behinderung	40/22
---	---	-------

KTM Ruiters begrüßte den Antrag der Verwaltung auf Fortbildung der Auszubildenden. Bei vielen Handicaps werde mittlerweile geschaut, wie der Umgang mit den Betroffenen möglich sei. Bei psychisch Erkrankten sei dies jedoch nicht der Fall, obwohl diese einen Großteil der Behinderungsarten

ausmachen würden. In diesem Bereich gebe es ebenfalls sehr gute Fortbildungen die im Sinne der Mitarbeiter in Betracht gezogen werden sollten.

KTM Neuhoff erklärte, die Fortbildung von Seiten der GRÜNEN-Kreistagsfraktion zu unterstützen. Es werde angeregt, dieses Thema von Seiten der Kreisverwaltung auch den einzelnen Kommunen vorzustellen und zu eruiieren, ob von Seiten der Kommunen grundsätzlich Interesse an einer Schulung bestehe.

SkE Zingsem ergänzte, dass auch im Inklusionsfachbeirat immer wieder Thema sei, dass psychisch behinderte Menschen nicht gesehen würden, da man die Behinderung meist nicht von außen erkenne. Es sei ein besonderes Anliegen, dieser Gruppe mehr Aufmerksamkeit zu widmen und für deren Anliegen zu sensibilisieren. Sie begrüße daher die Idee, auch in diesem Bereich Fortbildungen aufzugreifen.

Herr Liermann nahm die beiden Anregungen gerne auf. Bei der Fortbildung durch das Kompetenzzentrum Selbstbestimmtes Leben mit dem Fachbereich Sinnesfindung liege der Fokus nicht auf der Psychiatrie. Es sei aber bekannt, dass dieser Punkt im Inklusionsfachbeirat wiederholt Thema sei. Er erklärte daher, die Anregung – auch Richtung Kommunen - weiter verfolgen zu wollen.

**B.-Nr.  
40/22**

**Der Beschlussvorlage der Verwaltung wird gefolgt.**

**Der Ausschuss für Inklusion und Gesundheit beschließt, von den für das Jahr 2022 im Haushalt des RSK im Produkt 0.50.40.01, Sachkonto 543900 eingestellten Mitteln zur Umsetzung von Maßnahmen des Aktionsplans Inklusion (insgesamt 30.000 Euro) einen Teilbetrag in Höhe von 1.750 Euro zur Finanzierung eines Fortbildungsangebotes zur Sensibilisierung von Auszubildenden der Verwaltung für die Belange von Bürgerinnen und Bürgern mit Behinderung zu verwenden. Der im Haushalt angebrachte Sperrvermerk wird in Höhe von 1.750 Euro aufgehoben.**

**Abst.-  
Erg.:**

**Einstimmig**

10. Sitzung des am 09.09.2022		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
5	Bericht aus der Arbeit des Fachbeirats Inklusion	

SkE Wingender verwies auf die im Ergebnisprotokoll der 8. Sitzung des Inklusionsfachbeirats genannten Themen. Ferner bat er um Mitteilung der Politik, ob zwischenzeitlich ein Gespräch mit Herrn Rose gesucht worden sei.

SkE Zingsem wies noch einmal explizit auf das Anliegen der gehörlosen Menschen bezüglich ihrer Beratungsstelle hin. Es könne dem Protokoll entnommen werden, dass hier der deutliche Wunsch bestehe, das Beratungsangebot finanziell abgesichert weiterzuführen.

Ferner wies SkE Zingsem darauf hin, dass der Flyer *barrierefreie Veranstaltungen* kurz vor der Fertigstellung stehe. Es liege mittlerweile ein Entwurf vor, der nun noch einmal im Inklusionsfachbeirat beraten werde. Sie erwarte die Fertigstellung noch in diesem Jahr.

Bezüglich der Beratungsstelle des Förderverbandes für Gehörlose e. V. in Troisdorf bat SkE Wingender abschließend, im Haushaltsausschuss die bereits vorgesehenen Mittel zu genehmigen. Diese Einrichtung sei sehr wichtig für die gehörlosen Mitbürger.

Herr Liermann erwiderte, am selben Tag ein längeres Telefonat mit Herrn Kröder von der Beratungsstelle für Gehörlose geführt zu haben. Die Situation gestalte sich dergestalt, dass das Sozialamt die entsprechenden Mittel im Haushalt eingesetzt hätte, sodass diese im Haushalt berücksichtigt würden. Dies bedeute jedoch nicht, dass damit eine Vorentscheidung im Rahmen der politischen Diskussion getroffen worden sei. Er könne auf diesem Wege jedoch zusagen, dass das Anliegen nicht durchs Raster falle. Es werde im Rahmen der Haushaltssitzung am 21.11.22 thematisiert und erörtert.

Vorsitzender KTM Schmitz bedankte sich für das Engagement des Inklusionsfachbeirates und bestätigte, dass das Anliegen bezüglich der Beratungsstelle für Gehörlose nicht aus dem Fokus verloren werde.

6	Mitteilungen und Anfragen	
6.1	Sachstand Impfen	

Herr Freier berichtete, dass Herr Bertram die Koordinierende Impfeinheit (KoCI) zum 31.08.22 verlassen habe und diese seit 01.09.22 durch Frau Anna Schlachter geleitet werde. Sie sei seit 1 ½ Jahren die Stellvertreterin von Herrn Bertram gewesen, sodass kein Qualitätsverlust in der Arbeit zu erwarten sei. Frau Schlachter wurde in diesem Zusammenhang von Herrn Freier persönlich dem AIG vorgestellt.

Zum Impfgeschehen der letzten Wochen und Monate berichtete Herr Freier, dass dieses sehr statisch gewesen sei. Daher habe man auf einen umfangreichen Bericht verzichtet. Seit dem 01.09.22 gelte der 28. Impferlass mit zwei wesentlichen Aussagen:

Zum einen sei durch die KoCIs ein Impfmonitoring durchzuführen. Dies bedeute, die Impfangebote in den stationären Pflegeeinrichtungen sowie Einrichtungen der Eingliederungshilfe seien zu unterstützen. Insbesondere solle bis zum 18.09.22 abgefragt werden, wo Unterstützungsbedarfe notwendig seien. In diesem Zusammenhang seien bereits alle Einrichtungen am 05.09.22 angeschrieben worden. Die Zusammenarbeit mit den Einrichtungen habe in der Vergangenheit immer sehr gut funktioniert, sodass keine Probleme zu erwarten seien. Eine Unterstützung erfolge zudem durch die Heimaufsicht des Sozialamtes.

Zum anderen sei mit dem neuen Impferlass eine Mobilisierung von 1/3 der Impfkapazitäten durchzuführen. Durch einen früheren Impferlass habe die KoCI aufgetragen bekommen, für die Bürger des RSK ca. 8.400 Impfungen pro Woche vorzuhalten. 1/3 dieser Kapazitäten (ca. 500 Impfungen pro Woche pro 100.000 Einwohnern) seien nun zusätzlich zu aktivieren. Dies werde dadurch erreicht, dass die stationären Impfstellen in Meckenheim und Sankt Augustin mehrere Tage die Woche geöffnet würden. Bei Bedarf werde auch das mobile Impfangebot noch ausgeweitet. So könnten die ca. 3000 Impfungen zusätzlich pro Woche sehr gut erreicht werden.

Es sei geplant, die stationäre Impfstelle in Sankt Augustin Ende November auf zugegeben. Mit der Gebäudewirtschaft sei man im Gespräch, in der Kinderklinik wieder entsprechende Räumlichkeiten anzumieten. Das sei aber noch nicht finalisiert. Ggf. könne er im nächsten Ausschuss hierzu genaueres berichten.

Auf die Nachfrage von SkE Zingsem, inwieweit Menschen hier berücksichtigt würden, die nicht in einer Einrichtung leben oder von einem Pflegedienst gepflegt würden, aber Pflegebedarf hätten, erklärte Herr Freier, dass diese nicht zur Zielgruppe dieser Impfangebote der KoCI zählten. Es handle sich hierbei rein um ergänzende unterschwellige Impfangebote für

10. Sitzung des am 09.09.2022		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Gruppen, die aus dem allgemeinen hausärztlichen System herausfallen würden. Die von SkE Zingsem definierte Personengruppe seien Bürgerinnen und Bürger, die über ihre Hausärzte geimpft werden müssten.

Vorsitzender KTM Schmitz führte aus, dass diese Personengruppe in dauerhafter stetiger Behandlung beim Hausarzt sei und daher nicht durchs Raster falle.

KTM Dr. Fleck fragte nach ob er richtig verstanden habe, dass in einem bestimmten Zeitraum 8.400 Impfungen durchgeführt werden müssten. Dies könne aus seiner Sicht nicht sein, da die KoCI lediglich ein Angebot unterbreite, das genutzt werden könne.

Herr Freier konkretisierte seine Ausführungen dahingehend, dass laut früherem Erlass ein Impfangebot für *mögliche* 8400 Personen pro Woche vorgehalten werden müsse. Davon müssten nach dem neuen Erlass nun 1/3, also ca. 3000 Impfungen, pro Woche bereitgestellt werden. Es handle sich hierbei um 3000 *mögliche* weitere Impfungen, für die die bestehenden Strukturen (Personal, Räumlichkeiten, Ticketservice, etc.) zusätzlich vorgehalten werden müssten.

Vorsitzender KTM Schmitz bedankte sich für die Ausführungen und das geleistete Engagement. Er begrüßte noch einmal Frau Schlachter als neue Leiterin der KoCI.

6.2	Sachstand Covid-19	
-----	--------------------	--

Herr Thomas gab einen kurzen Überblick über die pandemische Lage im Rhein-Sieg-Kreis: In früheren Ausschüssen habe es z. T. Inzidenzen im vierstelligen Bereich gegeben. Damals sei die Inzidenz das einzige Merkmal für die Infektionslage gewesen. Das habe sich nun geändert. Am 06.09.2022 habe die Inzidenz bei 251 gelegen. Sie spiegle jedoch das Infektionsgeschehen nicht mehr alleine wieder. Daher heiße die Inzidenz mittlerweile auch *Meldeinzidenz*. Es würden weiterhin nur PCR-Testungen einfließen, die Schnelltests würden nicht mitgezählt. Da es auch keinen Testzwang mehr wie früher für bestimmte Aktivitäten gebe, sei nun die Anzahl der Testungen viel zu gering, um daraus ein Abbild des tatsächlichen Infektionsgeschehens herleiten zu können. Ein weiteres Merkmal seien die Todeszahlen. In den letzten sieben Tagen habe es einen Todesfall unter Einbeziehung eines PCR-Tests, bzw. zwei Todesfälle unter Einbeziehung eines

Schnelltests gegeben. Insgesamt sei dies ein geringes Niveau. Ein weiterer Indikator sei die Auslastung der Intensivstationen. Diese sei im Rhein-Sieg-Kreis stark zurückgegangen. Von 61 Intensivbetten im Rhein-Sieg-Kreis seien 83 % überhaupt belegt. Davon nur zwei Betten mit Covid-Intensiv-Patienten (3%). Diese Quote habe in der Vergangenheit teilweise beim Fünffachen gelegen.

Zur weiteren Entwicklung an sich könne er keine Voraussage treffen. Auch hier gebe es jedoch Indikatoren. Er mache die Entwicklung daran fest, wie hoch der Anteil der positiven Testergebnisse an den PCR- und an den Schnelltests sei. Bei den PCR-Tests seien in der 24. Kalenderwoche z. B. über 55 % positiv gewesen. In der 33. Kalenderwoche liege man aktuell bei 42 %. Es sei somit eine leichte Abnahme des Trends zu verzeichnen und somit eine vorübergehende Entspannung der Lage. Bei den Schnelltests sei die Quote von zwischenzeitlich 9 % positiven Anteilen auf 7 % gefallen. Trotzdem sei dies noch immer ein hoher Anteil. Es herrsche immer noch ein Erkrankungsgeschehen, das im Hintergrund liefe und von dem auszugehen sei, dass es im Herbst und Winter wieder steige.

Es gebe weiterhin 291 Teststellen im RSK, davon 113 sogenannter Bürger-teststellen (für jedermann frei zugänglich). Daneben gebe es Hausärzte, Arztpraxen und Apotheken, die sich beteiligen würden. Die Zahl sei leicht rückläufig. Es gebe zudem Teststellen die geschlossen seien, dem Gesundheitsamt aber nicht mitgeteilt wurden obwohl dies verpflichtend sei. Es fänden daher laufend Kontrollen durch das Gesundheitsamt statt, ob die Teststellen noch in Betrieb seien und den hygienischen Anforderungen entsprächen.

In der Fachstelle Covid gebe es aktuell rund 60 Mitarbeitende, entsprechend 50 Vollzeitäquivalenten. Der Schwerpunkt liege derzeit noch in der Erfassung der täglich durch die Labore und Teststellen gemeldeten positiven Fälle sowie im Ausbruchmanagement. Hierbei handle es sich nach wie vor um eine Erfassung der Fälle in Einrichtungen mit vulnerablen Personengruppen mit dem Ziel, die betroffenen Einrichtungen dabei zu begleiten, über einen solchen Ausbruch hinweg zu kommen. Gegenüber der Anfangszeit habe sich dies entspannt. Zu Beginn seien alle Einrichtungen hilflos gewesen und hätten intensive Unterstützung benötigt. Inzwischen würden die Einrichtungen über entsprechende Erfahrungen verfügen. Zudem gebe es Regelwerke wie die Corona-Allgemeinverfügung-Einrichtun-

gen, die nun das Regime in die Einrichtungen verlege und diese die Testungen selbst durchzuführen hätten, sodass weniger Hilfeleistung durch das Gesundheitsamt angefragt werde.

Die Erfassung mache weiterhin zahlenmäßig das größte Feld aus, da weiter die Verpflichtung bestehe, jede infizierte Person in Sormas zu erfassen sowie an Land und Bund weiter zu melden. Dies bedeute noch immer einen großen bürokratischen Aufwand. Dieser habe mittlerweile jedoch teilweise durch technische Unterstützung aufgefangen werden können. Herr Thomas erinnerte diesbezüglich an verschiedene Softwarelösungen, die das Gesundheitsamt in Auftrag gegeben habe. Diese könnten aktuell ca. die Hälfte der PCR-Befunde automatisiert einlesen. Das sei eine große Erleichterung, sodass die täglichen Eingänge umfassend erfasst werden könnten. Auch die noch bestehenden Rückstände könnten so aufgearbeitet werden und 96 % aller in den 2,5 Jahren gemeldeten Fälle seien mittlerweile erfasst. Das sei eine sehr gute Quote. Da anstehende Software-Updates die digitale Erfassung noch ausbauen würden, sehe er das Gesundheitsamt gut für Herbst und Winter aufgestellt.

Auf den Einwurf von KTM Neuhoff, dass in der Vergangenheit neben den vulnerablen Gruppen auch immer ein besonderes Augenmerk auf Schulen und Kitas geworfen worden sei, erklärte Herr Thomas, dass er hier keine Einschätzung zur Situation geben könne. Die bis zum Spätsommer bestandene Corona-Betreuungsverordnung, welche die Schulen und Kindergärten zu Tests und deren Übermittlung an das Gesundheitsamt verpflichtet habe, sei ausgelaufen. Da nun keine Reihen-Tests mehr in Schulen und Kitas durchgeführt würden, könne auch nichts gegenüber dem Gesundheitsamt wiedergespiegelt werden. Es gebe nun nur noch die allgemeine Verpflichtung als Gemeinschaftseinrichtung, dem Gesundheitsamt Ausbrüche zu melden. Das funktioniere nicht. Die erkrankten Personen würden somit nur noch als Individualfall gemeldet. Hier sei kein Rückschluss auf eine Häufung möglich.

Es werde aktuell ein elektronisches Meldewesen (Onlineformular) aufgebaut, um es den Schulen und Kindergärten einfacher zu machen, dem Gesundheitsamt ihnen bekannt gewordene Infektionen von Kindern, Schülern und Beschäftigten mitzuteilen. Die Nutzung dieses Onlineformulars werde nun publiziert. Er gehe jedoch nicht davon aus, hier einen guten Überblick über das Ausbruchsgeschehen in Schulen und Kindergärten zu erhalten, dies sei durch das Rechtssystem auch nicht mehr gewollt.

KTM Dr. Fleck bat um Mitteilung, ob bei den 60 Mitarbeitern in der Fachstelle Covid auch die mobilen Impfteams eingerechnet seien, oder würden

hier Fremdfirmen eingesetzt. Ferner bat er um Ausführungen zu Long-Covid. Würden diese Fälle ebenfalls vom Gesundheitsamt erfasst, wie äußere sich dies und handle es sich hierbei um geimpfte oder ungeimpfte Personen?

Herr Dr. Meilicke führte aus, dass die Impfteams nicht in die 60 Mitarbeiter eingerechnet seien. Es handle sich hierbei um Aushilfskräfte. Zur zweiten Frage erklärte er, dass keine Long-Covid-Fälle erfasst würden. Hier seien auch keine Meldeverfahren vorgesehen.

KTM Gardeweg bedankte sich für die Ausführungen. Sie begrüße die Überprüfung der Testzentren in Hinblick auf ungemeldete Schließungen in Zeiten der geringen Auslastung und wünsche sich, dass solche Teststellen bei eventueller Wiedereröffnung keine Genehmigung mehr erhalten würden. Ferner bat KTM Gardeweg um Mitteilung, ab wann die neuen Impfstoffe eingesetzt würden und wie die aktuelle Impfbereitschaft der ukrainischen Flüchtlinge aussehe. Zudem bat sie um Auskunft, ob der Asylbereich ebenfalls zu den vulnerablen Gruppen gezählt werde.

Bezüglich Long-Covid empfahl sie die sehr ausführliche Seite des RKI zu diesem Thema.

Herr Freier berichtete zur Impfbereitschaft der ukrainischen Flüchtlinge, dass diese weiterhin mangelhaft sei.

Zum neuen Impfstoff erklärte er, dass dieser im Rhein-Sieg-Kreis verimpft werde, sobald die Stiko-Zulassung vorliege und er geliefert werde. Die Stadt Bonn wolle den Impfstoff (sofern vorhanden) laut Pressekonferenz ab dem 10.09. verimpfen.

Herr Thomas führte zu den Asylunterkünften aus, dass diese grundsätzlich als Gemeinschaftseinrichtungen nach dem Infektionsschutzgesetz (IfSG) der besonderen Aufsicht durch das Gesundheitsamt unterlägen. Dies unabhängig von vulnerablen Personen.

Vorsitzender KTM Schmitz bestätigte die weiterhin hohe Relevanz des Themas und bedankte sich für die Ausführungen und das hohe Engagement aller Beteiligten.

KTM Kretschmer bedankte sich bei KTM Ruiters bezüglich des Erinnerns an die psychisch Kranken. In diesem Zusammenhang verwies sie auf eine Fotoausstellung im LVR-Hauptgebäude bis zum 21.09.22 zu diesem Thema.

10. Sitzung des am 09.09.2022		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
6	Sonstige Mitteilungen und Anfragen	

Vorsitzender KTM Schmitz verabschiedete Herrn Liermann im Namen des gesamten Ausschusses in die anstehende Altersteilzeit und bedanke sich für dessen jahrelange ausgezeichnete Arbeit, sein enormes Engagement für die soziale Sache und den Kampf in zahlreichen gemeinsamen Haushaltsberatungen für soziale Themen wie Inklusion und Gesundheit. Er wünsche Herrn Liermann alles Gute für die Zukunft.

Weiter begrüßte Vorsitzender KTM Schmitz den neuen Leiter des Sozialamtes, Herrn Grünhage. Er sei voller Zuversicht, durch ihn in Zukunft im Ausschuss sowie der Kreisverwaltung ebenfalls hervorragend begleitet zu werden.

Herr Liermann bedankte sich für die Wünsche. Er habe es immer als sehr angenehm empfunden, wie fachlich orientiert sich im AIG auseinandergesetzt werde. Es gehe darum, etwas für die betroffenen Menschen zu erreichen und es habe ihm viel Freude bereitet, hierüber mit den Ausschussmitgliedern zu diskutieren. Er bitte darum, dies auch in Zukunft so weiterzuführen, da man bei den Themen Gesundheit und Inklusion einen langen Atem benötige. Es handle sich hierbei um eine Geisteshaltung, die nicht einfach wie mit einem Schalter umgelegt werden könne. Nur durch viele kleine Aktionen sei ein Umdenken herbeizuführen.

### Ende des öffentlichen Teils

Der Vorsitzende KTM Schmitz beendete die Sitzung um 17.02 Uhr.



**Matthias Schmitz**  
Vorsitzender



**Sandra Scheidgen**  
Schriftführerin